



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 07.03.2023**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:02 Uhr bis 19:14 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Claudia Schmidt	Ausschussvorsitzende CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI Teilnahme ab 17:10 Uhr
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Klaus E. Hänsel	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Andreas Hemming	Sachkundiger Einwohner Teilnahme ab 17:31 Uhr
Friedrich Lemberg	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Tarik Kutlovac	Sachkundiger Einwohner
Grit Michelmann	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Annika Seidel-Jähnig	Referentin für Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Christian Hiepe	Leiter Abteilung Schule
Annett Fritzsche	Sozialplanerin / Bildungsmonitoring
Martin Heinz	Leiter Fachbereich Immobilien
Susanne Schultze	Leiterin Abteilung Hochbau Schulen
Siverin Arndt-Krüger	Leiterin Team Schulneubau
Maik Stehle	Stellvertretender Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Inés Brock-Harder	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Cordula Henke	Sachkundige Einwohnerin
Jan Riedel	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Schmidt**, eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Fragesteller 1 zur Integration ukrainischer Schülerinnen und Schüler

Fragesteller 1 bezog sich auf die Integration ukrainischer Schülerinnen und Schüler und die damit verbundenen Herausforderungen an der Marguerite Friedlaender Gesamtschule.

Momentan befinden sich in den Auffangklassen 102 Schülerinnen und Schüler, die nun in den regulären Unterricht eingebunden werden sollen. Damit sollen die bereits an der Kapazitätsgrenze liegenden Klassenverbände um weitere acht Kinder je Klasse erhöht werden. Folglich ist eine Gründung neuer Klassenverbände nicht auszuschließend, sodass die bestehenden Klassenverbände auseinandergezogen werden. Ebenso wurde in diesem Zusammenhang auf die Problematik der zugewiesenen Unterrichtsräume hingewiesen.

Fragesteller 1 fragte, ob an dieser Stelle eine bessere Verteilungsstruktur möglich ist.

Herr Frolow sagte, dass die Problematik bereits bekannt ist und dazu momentan Abstimmungen zu allen betroffenen Schulen mit dem Landesschulamt erfolgen. Er wies darauf hin, dass die Ankunftsclassen als System in naher Zukunft auslaufen werden und eine Integration der Schülerinnen und Schüler in das laufende Schulsystem erfolgen soll. Dazu soll es künftig ein gesteuertes Verfahren geben. Die grundsätzliche Zuweisung der einzelnen Schülerinnen und Schüler wird jedoch vom Landesschulamt gesteuert. Daher ist es noch nicht absehbar, ob alle ukrainischen Schülerinnen und Schüler an der Schule verbleiben, an der sie momentan lernen. Die Stadt Halle als Schulträger hat die entsprechenden sächlichen und räumlichen Kapazitäten und Voraussetzungen zu klären.

Fragesteller 1 verwies auf den Verteilerschlüssel und erklärte, dass sich die Lehrkräfte bereits jetzt an der Kapazitätsgrenze bewegen und auch Eltern große Bedenken haben.

Frau Brederlow sagte, dass die Thematik ernstgenommen wird und in Zusammenarbeit mit dem Landesschulamt, den Schulleitungen sowie den Elternvertretern Lösungen im Interesse der Schulen erarbeitet werden.

zu Fragesteller 2 zur Grundschule August Hermann Francke

Fragesteller 2 sagte, dass die Grundschule August Hermann Francke ab dem 11. April in das Ausweichquartier der IGS Am Planetarium umziehen wird. Sie fragte, wie der Transport der Schülerinnen und Schüler von der Grundschule zur IGS geregelt werden soll.

Es wurde außerdem darauf hingewiesen, dass den Eltern erst kürzlich die neue Schulwegplanung zur Verfügung gestellt wurde und diese aufgrund des starken Verkehrsaufkommens und fehlender Fußgängerüberwege nicht sicher erscheint.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass diese Gespräche grundlegend mit der Schule geführt werden sollten. Sie erklärte außerdem, dass ein Transport der Schülerinnen und Schüler mit einem Bus aufgrund der bevorstehenden Bauarbeiten nicht möglich ist.

Herr Hiepe sagte, dass die Auslagerung in das Ausweichquartier aufgrund von Sanierungsmaßnahmen an der Grundschule von Anfang April bis Mitte Oktober stattfindet. Der Schulweg richtet sich grundsätzlich nach der Schulbeförderungssatzung. Gemäß dieser Satzung ist es zumutbar, eine Strecke von bis zu zwei Kilometern fußläufig zurückzulegen. Über die zwei Kilometer hinaus wird eine Schülerzeitkarte zur Verfügung gestellt, was in diesem Fall von vielen Eltern in Anspruch genommen wird. Gleichwohl ist es durchaus bekannt, dass der Weg in einem urbanen Raum auch Risiken birgt. Daher wurden mit der Verkehrswacht drei Verkehrsschulungen für den Monat März organisiert, um die Kinder entsprechend für bestimmte Gefahrenpunkte zu sensibilisieren.

Fragesteller 2 fragte, warum kein Bustransport von der Haltestelle an der Hochstraße (gegenüber des Krankenhauses St. Elisabeth und St. Barbara) über den Glauchaer Platz hin zum Böllberger Weg und in die Wilhelm-Jost-Straße bis hin zur IGS Am Planetarium erfolgen kann. Dort gibt es momentan keine Baustellen, lediglich im Bereich der Mansfelder Straße wird demnächst eine Baustelle eingerichtet.

Bezüglich der geplanten Verkehrsschulungen wurde angemerkt, dass die Kinder durchaus wissen, wie sie sich im Straßenverkehr zu verhalten haben. Damit ist jedoch kein gesicherter Schulweg garantiert. **Fragesteller 2** fragte, ob der Einsatz von Polizei und Ordnungsamt zur Gewährleistung eines sicheren Schulweges denkbar ist.

Herr Hiepe wies darauf hin, dass der ÖPNV mit zwei Straßenbahnlinien genau den benannten Weg abdeckt, den ein Bustransport abbilden würde. Er erklärte außerdem, dass die Baumaßnahme in der Mansfelder Straße ab Ende April dazu führt, dass der Straßenbahnverkehr im Bereich des Wohn-Centrums Lührmann nur einseitig geführt wird und die Kinder die Straße nicht queren müssen, da der Ein- und Ausstieg auf der Straßenseite der Schule angelegt wird.

Da es keine weiteren Einwohnerfragen gab, beendete **Frau Schmidt** die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Schmidt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Bildungsausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungen zur Tagesordnung, sodass über diese abgestimmt wurde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 31.01.2023
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Baubeschluss – Neubau einer dreizügigen Grundschule mit Hort, Sporthalle und Außenanlagen in der Schimmelstraße
Vorlage: VII/2023/05142
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Mitteilungen
- 6.1. FaktenCheck Bildung 2022
Vorlage: VII/2023/05262
7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Anregungen
9. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 31.01.2023
10. Beschlussvorlagen
11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
12. Mitteilungen
13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 31.01.2023

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 31.01.2023.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Baubeschluss – Neubau einer dreizügigen Grundschule mit Hort, Sporthalle und Außenanlagen in der Schimmelstraße** **Vorlage: VII/2023/05142**

Herr Heinz führte zunächst in die Beschlussvorlage ein und gab einen ersten Überblick über den zeitlichen Ablauf sowie die Kostenplanung.

Er übergab anschließend das Wort an **Frau Schultze** und **Frau Arndt-Krüger**, die das Vorhaben anhand einer Präsentation detailliert vorstellten.

Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Lange lobte zunächst die dargestellte Entwurfsplanung und bat darum, ein solches Projekt auch für Großwohnsiedlungen in Betracht zu ziehen. Bezüglich der Turnhalle, die über dem Hort angesiedelt wird, bat er um Darstellung der Lärmsituation und um eine Aussage zur Möglichkeit der externen Nutzung der Turnhalle. Zudem fragte er, ob sich bei dem Gebäude um ein Niedrigenergiehaus bzw. Nullenergiehaus handelt und wie die Energiebilanz aussieht.

Frau Schultze sagte, dass die Aufteilung der Räumlichkeiten hinsichtlich der Turnhalle mit dem EB KiTa abgestimmt wurde. Es ist geplant, dass die Turnhalle durch den Hort mitgenutzt werden kann und auch Zeiten für den Vereinssport in Abstimmung mit dem Hort entsprechend vorgehalten werden. Da die Hortzeiten noch nicht abschließend feststehen, kann noch nicht gesagt werden, ab wann die Turnhalle für den Vereinssport zur Verfügung stehen wird. Die angesprochene Lärmbelastigung entsteht daher nur im Fall der schulischen Nutzung. Die Decke der Turnhalle ist schwingungsarm angelegt und daher keine Beeinträchtigungen erfolgen. Die Überlegungen, den Hort über die Turnhalle zu bauen, wurden aufgrund von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen verworfen.

Für das Objekt ist ein Fernwärmeanschluss vorgesehen, sodass die Wärmeversorgung über das städtische Netzwerk abgesichert wird. Dies ist ebenfalls für die Warmwasserbereitung vorgesehen. Es gibt eine durchgängige Dreifachverglasung, bezüglich der Beleuchtung wird mit Präsenzmeldern gearbeitet und die Lüftung wurde auf ein Minimum reduziert, die notwendigen Lüftungsanlage werden mit einer Wärmerückgewinnung ausgestattet. Mittels einer Photovoltaikanlage auf dem Dach wird versucht, den Eigenbedarf an Energie für das Objekt zu decken. Der EnEV Standard wird hier übererfüllt.

Herr Scherer fragte, um was es sich bei der Lufthalle handelt und welche Höhe die Mauer zum Franzosenweg haben wird. Bezüglich der Solaranlagen fragte er, ob es sich lediglich um eine Anlage handelt und ob diese von der EVH gebaut und finanziert wird und die Erlöse auch an die EHV gehen.

Frau Schultze sagte, dass die Turnhalle eine lichte Raumhöhe von sieben Metern hat und daher der luftleere Raum im 2. OG entsteht. An der Höhe der Mauer zum Franzosenweg hin wird sich nichts ändern, da möglichst wenig Erdmassen bewegt werden sollen.

Herr Scherer fragte, ob der Zugang vom Franzosenweg her barrierefrei ist und wie dort potentielle Gefahrenquellen in Form von Wurfgeschossen ausgeschlossen werden können.

Frau Schultze sagte, dass der Zugang über die Treppe weiterhin gewährleistet wird und vorläufig kein barrierefreier Zugang aus dieser Richtung vorgesehen ist. Über die Schimmel-

straße wird dieser dann jedoch bestehen, auch in Bezug auf die Turnhalle.

Herr Scherer wies darauf hin, dass Sportvereine die Turnhalle nicht über das Schulgelände betreten können, da dieser Bereich außerhalb der Schulöffnungszeiten abgeschlossen wird. Daher wird für eingeschränkte Vereinsmitglieder kein barrierefreier Zugang zur Turnhalle möglich sein.

Frau Schultze sagte, dass der barrierefreie Zugang zur Turnhalle über die Schimmelstraße immer möglich sein wird, da der Halleneingang nicht im abgeschlossenen Bereich des Schulgeländes liegt.

Bezüglich der Photovoltaikanlage erklärte sie, dass die Vorrichtung beim Schulbau berücksichtigt wird und die Installation durch die EVH erfolgt.

Herr Heinz ergänzte, dass demnächst eine Beschlussvorlage zur Beratung in die Gremien eingebracht wird, auf deren Grundlage die städtischen Dächer mit Solaranlagen in Kooperation mit der EVH versehen werden. Die Errichtung der Anlagen wird von der EVH vorgenommen, die Stadt erhält die Solarenergie zum Vorzugstarif und bekommt darüber hinaus ein entsprechendes Entgelt.

Herr Schachtschneider schloss sich dem Lob von Herrn Lange und sagte, dass die Planungen trotz der schwierigen Lage sehr gut gelungen sind. Er verwies jedoch auch auf die hohen Kosten, die für den Bau der Grundschule anfallen werden.

Bezüglich der Außenfassade bat er um eine Information zur Lebensdauer der zur Verwendung geplanten einheimischen Fichtenhölzer anstatt der bekannten sibirischen Lärche, da das Holz über Jahre gesehen einen relativ hohen Pflegeaufwand mit sich bringt und in der Vorlage keine Folgekosten beschrieben sind.

Frau Arndt-Krüger sagte, dass die sibirische Lärche eine vergleichsweise sehr hohe Lebensdauer hat, sofern sie aus der richtigen Region stammt und dies natürlich entsprechende Kosten zur Folge hat. Das einheimische Holz hat den Vorteil, dass es aus der Region stammt. Es wurde eine Vorvergrauung gewählt, damit es eine Patina hat und die Langlebigkeit geschützt wird. Die Lebensdauer wird daher als gut eingeschätzt und steht vergleichbaren Fassaden in nichts nach.

Herr Schachtschneider bezog sich auf die Holzfenster und wies darauf hin, dass die Holzfenster im unteren Bereich mit Aluminium verkleidet sind und im oberen Bereich reine Holzfenster zum Einsatz kommen. Auch diese benötigen viel Pflege und führen zur Erhöhung der Unterhaltungskosten. Er fragte, warum diese für die obere Etage ausgewählt wurden.

Frau Arndt-Krüger sagte, dass im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung abgewogen wurde, ob die Aluverbunddeckschale mit dem Holz wirtschaftlich darstellbar ist. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass dies für das Obergeschoss nicht der Fall ist und Einsparungspotentiale gegeben sind. Da sich das Erdgeschoss im Spritzwasserbereich befindet, wurde aufgrund der Langlebigkeit und Wirtschaftlichkeit auf Fenster mit Aluverbunddeckschale zurückgegriffen. Die anfallenden Kosten zur Instandhaltung der Holzrahmen wurden bei der Kostenplanung entsprechend berücksichtigt.

Herr Schachtschneider sagte, dass die Streuobstwiese eine sehr gute Idee ist und fragte, ob es bereits Überlegungen gibt, was mit dem erntereifen Obst passieren soll.

Frau Brederlow sagte, dass die Früchte grundsätzlich in der Schule und im Hort verwertet werden sollen. Das geplante Lernhauskonzept orientiert sich ohnehin an Tätigkeiten, welche die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Lehrkräften ausüben können.

Frau Dr. Burkert lobte das Projekt zunächst ebenfalls und fragte bezüglich des Wassermanagements, ob bei der vorhandenen Hanglage die Möglichkeit zur Einbindung von Zisternen

geprüft wurde. Zudem fragte sie, ob die Tür der Mensa nach außen geöffnet werden kann, um den Außenbereich bei Feierlichkeiten zugänglich zu machen. Weiterhin fragte sie, inwieweit Lehrkräfte in die Planungen einbezogen wurden und ob die Polizei bezüglich der Frage zur Einbruchsicherheit involviert wurde.

Frau Schultze sagte, dass die Tür- und Fensterelemente zum Hof hin geöffnet werden können und somit ein Innen/Außen Austausch möglich ist.

Zur Erhöhung des Einbruchschutzes wurden bereits beim Neubau der Aula der zweiten IGS gute Erfahrungen mit Fenstern und Türen mit einer hohen Einbruchschutzklasse gemacht.

Es wurde darüber hinaus Kontakt mit einer vergleichbaren Schule, der Grundschule Lessing, aufgenommen, deren Lehrerschaft ebenfalls nach dem Lernhausprinzip unterrichtet. Hier wurden Erfahrungen ausgetauscht und bei der Planung entsprechend berücksichtigt.

Bezüglich des Wassermanagements wies sie darauf hin, dass ein begrüntes Dach vorgesehen ist, das den Niederschlagsenertrag deutlich verringert, wodurch das Mikroklima begünstigt werden soll. Die Pflanzen binden den Feinstaub und sorgen für eine angenehme Atmosphäre.

Zudem liegen die Versorgungsleitungen im Bereich der Schimmelstraße bereits an, sodass im vorderen Bereich mittels Rigolenanlage eine gedrosselte Einleitung des Niederschlagswassers erfolgt.

Frau Arndt-Krüger ergänzte, dass das Regenwassermanagement sehr gut berechnet wurde und die Planer davon abgeraten haben, zusätzliche Zisternen vorzusehen.

Herr Schiedung sagte, dass der vorgelegte Entwurf sehr gut ist und bezog sich im Folgenden auf die anfallenden Kosten. Er wies darauf hin, dass bereits bei vorherigen Baumaßnahmen die tatsächlichen Kosten die geplanten Kosten enorm überstiegen haben. er fragte, ob die geplanten Kosten gehalten werden können und mit welchen prozentualen Kostensteigerungen für die nächsten Jahre geplant wird.

Frau Schultze sagte, dass die Architekten aufgrund ihrer derzeitigen Erfahrungen und anhand aktueller Preise bei anderen vergleichbaren Objekten eine verifizierte Kostenrechnung vornehmen konnten. Es wurde außerdem der Vergleich zum Baukosteninformationszentrum gezogen, welches die Kosten der letzten vier Jahre abbildet. Die Kostenberechnung reicht bereits bis in die letzte Ebene, um eine möglichst hohe Kostensicherheit vorzulegen. Gleichzeitig wurden für Unvorhergesehenes ca. 2 Mio. Euro vorgesehen und als Indizierung ca. 2,3 Mio. Euro zusätzlich geplant.

Derzeit wird der Bauantrag vorbereitet, der dann in Kürze eingereicht werden soll. Daher ist noch eine gewisse Unschärfe im Projekt vorhanden. Da es sich aber um ein Neubauvorhaben handelt, sodass Unvorhergesehenes nur im Bereich Boden zu finden sein wird. Um dort eine zusätzliche Sicherheit zu bekommen, wurde ergänzend zum Baugrundgutachten ein Schadstoffgutachten beauftragt. Die Ergebnisse liegen bald vor, sodass die Schadstoffbelastung im Boden nochmal genauer verifiziert werden kann, um die Ausschreibungen entsprechend vornehmen zu können.

Herr Schiedung fragte, ob es für die Kinder Trinkbrunnen auf dem Schulgelände geben wird.

Frau Schultze sagte, dass es im Bereich der Aula sowie der Sporthalle Trinkbrunnen geben wird.

Frau Ranft sagte, dass in der vergangenen Zeit bereits öfter darüber beraten wurde, die Bereiche von Schulgeländen generell auch nach den Schulöffnungszeiten zugänglich zu belassen, sodass die Schulhöfe weiter genutzt werden können. Diesbezüglich besteht aber derzeit noch keine Beschlusslage. Sie fragte, ob dies eine Möglichkeit für das neue Objekt darstellt und gegebenenfalls Türen nachgerüstet werden können.

Frau Schultze sagte, dass die Planungen momentan aufgrund von Vandalismus einen abschließbaren Schulhofbereich vorsehen und nach Ende der Betriebszeit des Hortes das Abschließen des Schulgeländes erfolgt. Dies geschieht mittels eines verschließbaren Tores, das zu gegebener Zeit auf Wunsch auch unverschlossen verbleiben kann.

Herr Hänsel sagte, dass die Schule hochwertig wirkt und die Planungen durchaus lobenswert, jedoch nicht kostengünstig sind.

Er bezog sich zunächst auf Seite vier, Absatz zwei, in dem auf das Raumprogramm der Schulentwicklungsplanung verwiesen wird. Er kritisierte das Fehlen des Nachweises, dass dieses Raumprogramm umgesetzt oder möglicherweise überschritten wurde und bat um Nachreichung dieser Information.

Er zeigte außerdem seine Verwunderung darüber, dass die Aula als Versammlungsstätte ausgewiesen wird, da für diese dann die Versammlungsstättenrichtlinie eingehalten werden muss, die ein enormer Kostentreiber ist. Die Grenze liegt bei 199 Personen – bis zu einer Zahl 199 Personen ist es keine Versammlungsstätte, darüber schon.

Er wies darauf hin, dass in der Vorlage nicht begründet wird, warum die Aula eine Versammlungsstätte sein muss, und bat um eine Erklärung dazu.

Frau Brederlow sagte, dass in den Beratungen im Bildungsausschusses über die letzten Jahre oft der Wunsch geäußert wurde, solche Versammlungsstätten an Schulen für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, z. B. zur Nutzung durch umliegende Vereine.

Bezüglich des Kostenfaktors der Schule insgesamt wies sie darauf hin, dass es ein entsprechendes Wettbewerbsverfahren gab, bei dem ein ausgewähltes Gremium nach intensiven Beratungen den vorgelegten Entwurf ausgewählt hat. Verglichen mit anderen eingereichten Projektvorschlägen schneidet diese Planung verhältnismäßig durchaus kostengünstig ab. Auch das Lernhauskonzept stellt besondere Anforderungen an die Planer.

Herr Hänsel bezog sich auf Seite sechs, auf der ausgeführt wird, dass die Schule eine „Pantoffelschule“ werden soll. Dies begrüßte er, verwies jedoch auf den Grundriss des Erdgeschosses, bei dem er die Zuwegung kritisierte, da die Schülerschaft stets zur Treppe zurücklaufen muss und dabei mit den sauberen Pantoffeln die Schmutzlaufzone kreuzt. Den gewünschten Effekt der Schmutzvermeidung im Objekt erreicht man damit nicht. Er regte an, die Planung diesbezüglich noch einmal zu überdenken.

Er griff im Folgenden das Gründach und die Photovoltaikbetrachtung auf Seite sieben auf und erklärte, dass beide Punkte nicht miteinander einhergehen und man sich grundsätzlich für eines von beiden entscheiden sollte. Jedes Vorhaben einzeln betrachtet wurde seinerseits als gut bewertet, beides in Kombination bat er jedoch zu überdenken. Durch die Verschattung der Grünflächen durch die Photovoltaikmodule kann das Gründach nicht dauerhaft erhalten werden. Daher empfahl er die Einsparung der Photovoltaikanlage.

Frau Schultze sagte, dass es dazu Beratungen mit den Fachplanern und der EVH gab, in deren Folge die für das Gründach passenden Module ausgewählt wurden. Laut Meinung der Experten hat das Gründach sogar positive Auswirkungen auf die Photovoltaikanlage, da es zu einer Kühlung der Elemente führt und die Lebensdauer der Anlage erhöht wird. Sie sagte jedoch eine Rücksprache diesbezüglich zu.

Herr Hänsel bezog sich auf die Holzfassade und die Ausführungen von Herrn Schacht-schneider. Er regte an, die am Markt existierenden vier Systeme zur Vergrauung der Fassade intensiv zu prüfen und die Vor- und Nachteile abzuwiegen.

Frau Schultze sagte, dass die Planer in kurzer Zeit in Leistungsphase fünf einsteigen und sich dort genau u. a. mit dieser Thematik befassen und engmaschige Untersuchungen vornehmen. Danach wird entschieden, welches System das für den Standort am besten geeignete ist.

Herr Hänsel regte an, die Methodik der Karbonisierung – eine thermische Behandlung des Holzes – zusätzlich zu untersuchen.

Er äußerte im Folgenden sein Bedauern über den Verzicht auf eine Lüftungsanlage und Klimatisierung für die normalen Räume. Er befürchtet, dass die Nutzungsfähigkeit der Schule an warmen Tagen sehr eingeschränkt wird. Er fragte, ob es eine automatische Nachtabkühlung geben wird, um dem entgegenzuwirken.

Frau Schultze sagte, dass Untersuchungen zur thermischen Behaglichkeit und ein Nachweis der natürlichen Lüftung durch externe Fachplaner durchgeführt wurden. Durch den äußeren Sonnenschutz wird verhindert, dass Wärme ins Gebäude kommt. Zudem wird eine Nachtlüftung vorgesehen, um eine Nachtauskühlung zu ermöglichen. Des Weiteren wird es eine Vorrichtung zur Nachrüstung von dezentralen Lüftungsanlagen, sofern dies nötig wird.

Herr Hänsel fragte, ob in den Unterrichtsräumen erhöhte innerstädtische Lärmbelastigungen durch die Lüftungsvorgänge erwartet werden.

Frau Schultze sagte, dass es sich beim Franzosenweg um eine Einbahnstraße handelt, sodass von dort aus keine erhöhten Lärmbelastigungen erwartet werden. Im Rahmen der Planungen wurde nicht nur ein Wärmeschutzgutachter beauftragt, sondern auch ein Schallschutzgutachter sowie ein Raumakustiker. Im Ergebnis wurden für diesen Standort keine erhöhten Schallschutzanforderungen als Auflagen nachgewiesen.

Herr Hänsel bezog sich auf die Verkehrsanbindung und bemängelte das Fehlen eines Verkehrskonzeptes in der Vorlage. An der Schule gibt es ca. 300 Schülerinnen und Schüler, die dort etwa zeitgleich eintreffen und über unterschiedliche Verkehrsmittel den Standort erreichen. Dabei werden auch Pkw eine Rolle spielen, die unmittelbar vor der Schule halten. Die Schimmelstraße ist eine schmale Straße, die nur über drei Wege erschlossen werden kann, sodass zu Stoßzeiten der fließende Verkehr stark beeinträchtigt wird. Hinzu kommt, dass in dem Straßenbereich teilweise ein absolutes Halteverbot besteht. Er kritisierte den Umstand der fehlenden Hol- und Bringzone vor der Schule als Planungsmangel, da das Grundstück das Potential hergibt.

Frau Schultze sagte, dass die Einrichtung einer Hol- und Bringzone lange untersucht wurde. Sie wies darauf hin, dass bislang nicht abschließend eingeschätzt werden kann, mit welchen Verkehrsmitteln die Schülerinnen und Schüler den Schulweg bestreiten werden. Aufgrund des ansteigenden Geländeverlaufes des Grundstückes sowie zur Erhaltung der beiden Kastanien und der Schaffung der Feuerwehrezufahrt gestaltet sich das Anlegen einer Hol- und Bringzone schwierig. Mit dem Fachbereich Sicherheit und dem Fachbereich Mobilität werden diesbezüglich jedoch noch einmal Abstimmungen stattfinden. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der innerstädtischen Lage und der guten Anbindung an den ÖPNV ein großes Aufkommen von Pkw vermieden werden kann.

Frau Brederlow ergänzte, dass die Thematik zur Hol- und Bringzone intensiv in der Arbeitsgruppe diskutiert wurde und das Gelände die Möglichkeiten stark eingrenzt. Sie wies darauf hin, dass eine Hol- und Bringzone nicht unmittelbar vor der Schule sein muss und dies in die Beratungen mit einfließt.

Herr Hänsel bezog sich noch einmal auf die Kosten und die geplanten Mittel für Unvorhergesehenes. Diese belaufen sich auf rund 24 %, was er als zu viel deklarierte. Er wies darauf hin, dass die Indizierung nicht mehr zur Marktlage passt und sprach sich dafür aus, nur die

erforderlichen Mittel und nicht zusätzlichen Mittel freizugeben. Er fragte außerdem, was für ein Vergabeverfahren angestrebt wird.

Herr Heinz sagte, dass die Baukosten aufgrund diverser Umstände in den vergangenen Jahren nicht stabil waren und daher bewusst und transparent ein gewisser finanzieller Puffer für das Bauvorhaben eingeplant wurde. Eine teilweise Bewilligung wies er entschieden zurück.

Mit den Planungen soll ein reibungsloser Bauablauf ermöglicht werden, da die Schule dringend benötigt wird und ein Baustopp nicht tragbar wäre. Anhand gesammelter Erfahrungen wurden solide Kostenschätzungen vorgenommen, die seitens der Verwaltung vollumfänglich vertreten werden.

Herr Scherer regte an, die Hol- und Bringzone im Bereich der Treppenanlage im Franzosenweg einzubinden und die Mauer zum Franzosenweg zu begrünen oder alternativ Solaranlagen anzubringen.

Frau Schultze sagte, dass die Begrünung der Mauer bereits vorgesehen ist und die Anregungen aufgenommen werden und deren Umsetzung geprüft wird.

Frau Schmidt begrüßte insbesondere die Einbindung einer Turnhalle sowie deren potentielle Nutzung durch Vereine. Sie fragte, ob die Beschattung des Sportplatzes durch Bäume erfolgt.

Frau Arndt-Krüger sagte, dass keine Bäume auf dem oberen Sportplateau vorgesehen sind, ebenso wenig wie Verschattungselemente. Eine Prüfung zur Nachrüstung ist jedoch möglich.

Frau Schmidt fragte, ob die Durchwegung vom Franzosenweg zur Schimmelstraße gänzlich weggelassen wird und ob für die Mensa weitere Räume, wie eine Küche, vorgehalten werden.

Frau Schultze sagte, dass die Räume auf das „Cook and Chill“-Verfahren ausgelegt sind. Dabei werden mit Konvektomaten Gerichte vorbereitet.

Frau Schmidt sagte, dass es zwar eine Lehrerlounge gibt, dort jedoch nur sieben Plätze für Lehrkräfte und Verwaltungsmitarbeiter zur Verfügung stehen, die wahrscheinlich nicht ausreichen werden. Sie fragte, ob die Anzahl noch einmal geprüft werden kann.

Frau Schultze sagte, dass es in den Obergeschossen ergänzend Teamarbeitsräume gibt, die zusätzliche Lehrerarbeitsplätze darstellen. Zudem gibt es in dem ausgewiesenen Hortbereich einen separaten Teambereich, der als Arbeitsplatz genutzt werden kann. dem Ganztagskonzept folgend wurden die Arbeitsplätze entsprechend dezentral im Gebäude verteilt.

Herr Schiedung regte an, entsprechende Vorrichtungen zur möglichen Nachrüstung einer Küche vorsorglich mit in die Planungen aufzunehmen.

Herr Lange sagte, dass das „Cook and Chill“-Verfahren nicht an frische Speisen herankommt und bat darum, die Idee zu überdenken.

Frau Schultze nahm die Anregungen auf.

Herr Dr. Wend lobte das Bauprojekt und bat darum, nicht im Vorfeld bereits Panik hinsichtlich der Hol- und Bringzonen zu verbreiten.

Frau Schmidt wies ergänzend darauf hin, dass es sich hierbei um eine Schule mit einem kleinen Einzugsgebiet handelt, das aufgrund der Lage sehr gut erreichbar ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt den Neubau einer dreizügigen Grundschule mit Hort für ca. 300 Schülerinnen und Schüler und einer Sporthalle mit 1,5 Feldern in der Schimmelstraße in 06108 Halle (Saale) mit einem Gesamtwertumfang von 27.875.100 €.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 Mitteilungen

zu 6.1 FaktenCheck Bildung 2022
Vorlage: VII/2023/05262

Frau Fritzsche stellte den FaktenCheck Bildung anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Lembert fragte, ob Schülerinnen und Schüler von Förderschulen, die nach zwölf Jahren Ablauf der Schulpflicht die Schule verlassen, als Schüler und Schülerinnen ohne Schulabschluss geführt werden.

Frau Fritzsche bestätigte dies.

Herr Lembert sagte, dass die gestiegene Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss auch dahingehend begründbar erscheint, dass mehr Förderschüler zu verzeichnen sind.

Frau Fritzsche sagte, dass dies durchaus mit reinspielt. Beides wird jedoch getrennt voneinander im FaktenCheck Bildung ausgewiesen.

Herr Dr. Wend sagte, dass die Tatsache, dass Förderschüler keinen Schulabschluss bekommen, ein ungelöstes Dilemma darstellt.

Er fragte außerdem, ob es irgendwann einmal die Möglichkeit geben wird, einzelne Schulen zu betrachten und nicht nur die Gesamtheit im Stadtgebiet.

Frau Fritzsche sagte, dass diese Möglichkeit in vielen Bereichen besteht und ein differenziertes Datenmaterial vorliegt. Momentan wird an einer Kooperation mit dem Land für eine bessere Datenbeschaffung gearbeitet – alles im Rahmen des Datenschutzes. Der FaktenCheck Bildung soll jedoch grundlegend einen Überblick über die gesamtstädtische Entwicklung geben.

Herr Dr. Wend bezog sich auf die kulturelle Bildung und fragte, ob es sich dabei um gezielte Maßnahmen handelt und wie Zahl generell zustande kommt.

Frau Fritzsche sagte, dass die Übersicht zur kulturellen Bildung und die Zahlen zu den Veranstaltungen den Angaben aus dem statistischen Jahrbuch entsprechen. Das sind in diesem Fall die Veranstaltungen, die von der TOOH im entsprechenden Jahr angeboten werden. Dabei handelt es sich jedoch nicht um spezielle Veranstaltungen von Schulen, sondern um Veranstaltungen, die in den kulturellen Bildungseinrichtungen stattfinden. Die Besucherzahlen entsprechen dann der Anzahl der insgesamt verkauften Tickets.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass im FaktenCheck Bildung nicht nur Schulen und die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen abgebildet werden, sondern alle Altersgruppen berücksichtigt werden.

Herr Heym bezog sich auf den hohen Anteil der Angebote für Ganztagschulen und fragte, ob es generell eine große Nachfrage gibt oder ob dabei möglicherweise finanzielle Zuweisungen eine Rolle spielen.

Frau Brederlow sagte, dass zum einen bestimmte Schulformen von der Natur her Ganztagschulen sind, z. B. Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen. Zum anderen gibt es ohnehin einen großen Anteil weiterführender Schulen im Stadtgebiet, die Ganztagschulen sind. Zudem zählt auch jede Grundschule mit einem Hortangebot mit herein. Daraus ergibt sich der recht hohe Anteil. Inwiefern finanzielle Anreize dahinterstehen, kann seitens der Verwaltung nicht eingeschätzt werden. In den Schulkonferenzen wurde jedoch von Eltern ausdrücklich gewünscht, dass Ganztagschulen entstehen.

zu 7 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Herr Lange zur Schulwegplanung der Grundschule August Hermann Francke**

Herr Lange fragte, ob die Schulwegplanung mittlerweile abschließend geklärt wurde und ob man mit der Verkehrswacht und mit Hilfe von Schülerlotsenprogrammen vor Ort unterstützend tätig werden kann. Zudem fragte er, ob Schulbusse über die Genzmer Brücke fahren dürfen.

Frau Brederlow sagte, dass Schulbusse in dieser Größenordnung nicht über die Genzmer Brücke fahren können, da dies aufgrund des engen Kurvenradius nicht umsetzbar ist.

Herr Hiepe sagte, dass die Schulwegplanung seitens der Unteren Verkehrsbehörde übersandt und der Schule im Folgenden zur Verfügung gestellt wurde. Darin sind die sicheren Schulwege aus verschiedenen Perspektiven dargestellt.

Bezüglich der Schülerlotsen wies er darauf hin, dass diese nicht in den fließenden Verkehr eingreifen dürfen und daher nur beispielsweise an Fußgängerüberwegen eingesetzt werden können, um dort begleitend tätig zu werden. Daher wird dies nicht umgesetzt.

zu 7.2 Herr Lange zur Grundschule Am Kirchteich

Herr Lange sagte, dass es für die Sanierung der Grundschule einen Investitionsplan gibt. Er fragte, ob die Maßnahme mit den Mitteln aus dem DigitalPakt für das IT-Konzept einhergeht und dies in der Bauplanung entsprechend berücksichtigt wurde.

Frau Schultze sagte, dass momentan die letzten Abstimmungen mit dem Landesschulamt zum Raumprogramm stattfinden, da dies besonders im Förderschulbereich nicht einfach umzusetzen ist. Bezüglich der Fördermittel aus dem DigitalPakt Schule wies sie darauf hin, dass der größte förderfähige Anteil die digitalen Endgeräte betrifft. Diese werden bereits jetzt für die Schule beschafft, eingerichtet und über mobile WLAN Router für das Internet zugänglich gemacht. Diese werden auch in die Ausweichquartiere mitgenommen, sodass auch dort digitaler Unterricht stattfinden kann.

Herr Lange fragte, wann Baubeginn ist und wies darauf hin, dass auch interaktive Tafeln und WLAN im Rahmen der Digitalisierung beim Bau bedacht werden müssen.

Frau Schultze sagte, dass der Bau für 2025 vorgesehen ist und erklärte, dass auch interaktive Tafeln, Bildschirme und weitere Endgeräte bereits jetzt angeschafft werden, um die Digitalisierung der Schule schon vor Baubeginn zu ermöglichen.

zu 7.3 Herr Lange zu externen Sprachlehrern

Herr Lange fragte, ob den Schulen noch Mittel zur Verfügung gestellt werden, um externe Sprachlehrer zu beschäftigen.

Frau Brederlow sagte, dass die Mittel nicht durch die Stadt verwaltet werden und sie daher diesbezüglich Informationen einholen wird.

Herr Lange bat darum, die Mittel dem Land in Rechnung zu stellen, da es sich um eine Aufgabe des Landes handelt, die von der Kommune übernommen wird.

Frau Brederlow sagte diesbezüglich eine Prüfung zu.

zu 7.4 Frau Dr. Burkert zur Grundschule Wittekind

Frau Dr. Burkert sagte, dass es an der Grundschule Wittekind eine Schülerküche mit direkter Sonneneinstrahlung gibt und die Verwaltung diesbezüglich Möglichkeiten zur Beschattung überprüfen wollte. Sie bat um eine Information zum aktuellen Sachstand.

Frau Brederlow sagte eine Prüfung zu.

zu 7.5 Herr Schachtschneider zur Grundschule Südstadt

Herr Schachtschneider sagte, dass es Hinweise darauf gibt, dass die Schulleitung nicht besetzt sein soll – angefangen beim Sekretariat bis hin zur Schulleitung sowie die Stellvertretung. Er fragte, ob dies tatsächlich der Fall ist und wie dort gegebenenfalls nachgesteuert werden kann.

Frau Brederlow sagte, dass die Stellen der Schulleitung sowie der Stellvertretung seit längerer Zeit nicht besetzt sind und dahingehend mit dem Landesschulamt an einer Lösung gearbeitet wird.

Herr Frolow ergänzte, dass die Schulsekretärin vor Kurzem gekündigt hat und eine schnellstmögliche Nachbesetzung erfolgen soll.

zu 7.6 Herr Schachtschneider zu Schulsekretären

Herr Schachtschneider fragte, wie es im Allgemeinen mit der Besetzung von Schulsekretariaten aussieht. Er fragte, wie viele Stellen nicht besetzt sind, wie viele Stellen ausgeschrieben sind und wie sich die Situation insgesamt darstellt.

Frau Brederlow sagte eine Information in der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses zu.

zu 7.7 Herr Schachtschneider zum Digitalpakt

Herr Schachtschneider bat um eine Information zum Stand der Gerätebeschaffung für die Schulen, die bereits mit Sanierungsmaßnahmen begonnen haben. Er fragte, ob es möglicherweise zu Lieferverzögerungen kommt.

Frau Schultze sagte, dass dazu regelmäßig Abfragen am Markt erfolgen und derzeit keine Lieferengpässe bekannt sind.

zu 7.8 Frau Ranft zur Integration ukrainischer Schülerinnen und Schüler

Frau Ranft bezog sich auf die Ausführungen im ersten Teil der Einwohnerfragestunde. Sie fragte, wie die gesteuerte Zuweisung von Schülerinnen und Schülern erfolgen kann, sodass auch Kinder aufgenommen werden, die noch nicht auf einem hohen Niveau Deutsch sprechen. Außerdem fragte sie, welche Kriterien angesetzt werden, um herauszufinden, welche Schulform am besten zu dem jeweiligen Kind passt. Zudem bat sie um eine Erklärung, ob bei der gesteuerten Zuweisung eine nochmalige Überprüfung aller Schülerinnen und Schüler erfolgt.

Frau Brederlow wies zunächst darauf hin, dass in den Ausführungen keine Rede von einer gesteuerten Zuweisung war. In der Vergangenheit erfolgte die Zuweisung zunächst entsprechend der räumlichen Kapazitäten der Schulen sowie aufgrund der Bereitschaft der Schulen zur Aufnahme ukrainischer Schülerin und Schüler. Dies geschah teilweise jedoch in Größenordnungen, für die nun nach einer Lösung mit dem Landesschulamt gesucht wird.

Herr Frolow sagte, dass es künftig eine Einzelzuweisung des Landesschulamtes für die Schülerinnen und Schüler geben wird, die momentan noch keine Schule besuchen. Dabei wird geprüft, ob sie die erforderlichen Kriterien zur Aufnahme an der jeweiligen Schule erfüllen und der angestrebte Abschluss anhand der Fähigkeiten auch erlangt werden kann. Hierbei spielen die Sprachkenntnisse eine große Rolle, ebenso wie der Bildungsstand und bereits vorhandene Abschlüsse.

zu 7.9 Herr Hänsel zu Schülerzuweisungen durch das Landesschulamt in den Jahren 2019 bis 2022

Herr Hänsel sagte, dass gemäß § 41 Landesschulgesetz Schülerinnen und Schüler, die nach Aufenthaltsgesetz in Deutschland sind, vom Landesschulamt den Schulformen zugewiesen werden. Er fragte, wie viele Schülerinnen und Schüler in den Jahren 2019 bis 2022 durch das Landesschulamt den Schulformen entsprechend zugewiesen wurden.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.10 Herr Dr. Wend zur Kompensierung des Lehrkräftemangels

Herr Dr. Wend bezog sich auf die mediale Berichterstattung bezüglich des Landesbeschlusses zur Erhöhung der Arbeitszeit bei Lehrkräften, um dem Lehrermangel entgegenzuwirken. Er bezog sich außerdem auf die 350 fehlenden Stellen im Bildungsbereich und fragte, ob es derzeit Bemühungen gibt, diese zu besetzen.

Frau Brederlow sagte, dass die Stadtverwaltung darüber keine Kenntnis hat.

zu 7.11 Herr Lembert zu Schulsekretären

Herr Lembert bezog sich auf die Anfragen von Herrn Schachtschneider und fragte, ob es bereits vorgekommen ist, dass sich Schulsekretärinnen und -sekretäre auf Schulassistentenposten beworben haben. er bat darum, dies in die Mitteilung für die nächste Sitzung mit einzubinden.

zu 7.12 Herr Lembert zu Präventionsmaßnahmen

Herr Lembert bezog sich auf die zurückliegende Sondersitzung zur Jugendkriminalität und fragte, ob es Möglichkeiten zur zielgerichteten Prävention und Verteilung von Finanzmitteln, z. B. gewichtet nach Vorkommnissen an Schulen, gibt.

Frau Brederlow sagte, dass es dafür einen rechtlichen Rahmen gibt, der im Jugendhilfeausschuss thematisiert wird. Es ist jedoch vorgesehen, den Bereich der Jugendhilfeplanung stärker mit der Schulentwicklungsplanung zu verknüpfen, sodass dieser Prozess in den nächsten Monaten und Jahren mehr fokussiert wird.

zu 8 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Frau Schmidt** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende

Maik Stehle
Stellvertretender Protokollführer